

**Antrag 43/I/2026**

**UBV HVL**

**Der/Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Annahme (Konsens)**

**Teilzeit ist Ausdruck sozialer Gerechtigkeit - Gleichstellung und Erwerbsarbeit stärken**

- 1 Die SPD Brandenburg bekennt
- 2 sich ausdrücklich zur Teilzeitbe-
- 3 schäftigung als gleichwertige und
- 4 legitime Form der Erwerbsarbeit.
- 5 Teilzeit ist Bestandteil moderner
- 6 Arbeits- und Lebensrealitäten.
- 7 Sie ist ein wichtiger Bestandteil
- 8 einer wirksamen Gleichstel-
- 9 lungspolitik. Sie ermöglicht die
- 10 Vereinbarkeit von Familie, Pflege,
- 11 gesellschaftlichem Engagement
- 12 und Beruf.
- 13 Gleichzeitig stellt der Landespar-
- 14 teitag fest: Ein erheblicher Teil
- 15 der Teilzeitbeschäftigung erfolgt
- 16 nicht nur aus freier Entschei-
- 17 dung, sondern aufgrund struktu-
- 18 reller Rahmenbedingungen. Viele
- 19 Beschäftigte arbeiten in Teilzeit,
- 20 weil:
- 21 • Kinderbetreuungsangebo-
- 22 te nicht ausreichen oder
- 23 zeitlich nicht passen,
- 24 • Ganztags- und Randzeiten-
- 25 betreuung nach wie vor feh-
- 26 len,
- 27 • Pflegeverantwortung für

28        Angehörige übernommen  
29        wird,

30        • betriebliche Arbeitszeitmo-  
31        delle nicht so flexibel sind,  
32        wie vielfach dargestellt.

33 Wer politisch eine Reduzierung  
34 von Teilzeit oder eine Auswei-  
35 tung von Vollzeiterwerbstätigkeit  
36 fordert, muss zunächst die ge-  
37 sellschaftlichen, sozialen und  
38 infrastrukturellen Vorausset-  
39 zungen für echte Wahlfreiheit  
40 schaffen.

41 Die SPD Brandenburg fordert da-  
42 her vom Bund:

43        1. Den flächendeckenden und  
44        verlässlich finanzierten Aus-  
45        bau der Kinderbetreuung  
46        einschließlich Randzeiten-  
47        und Ferienbetreuung.

48        2. Eine nachhaltige (dauerhaf-  
49        te) Finanzierung des Ganz-  
50        tagsanspruchs sowie eine  
51        Fachkräftestrategie im Er-  
52        ziehungsbereich.

53        3. Verbesserte Rahmenbedin-  
54        gungen für pflegende Ange-  
55        hörige, einschließlich flexi-  
56        bler Arbeitszeitmodelle und  
57        sozialer Absicherung.

58        4. Die Stärkung des Rechts  
59        auf Rückkehr aus befristeter  
60        Teilzeit sowie bessere  
61        Durchsetzungsmöglichkei-

62       ten bei Arbeitszeitaufsto-  
63       ckung.

64       5. Die Überprüfung steuer-  
65       und sozialrechtlicher Rege-  
66       lungen, die eigenständige  
67       Erwerbsbiografien schwä-  
68       chen oder Teilzeit struk-  
69       turell verfestigen. Teilzeit  
70       darf weder stigmatisiert  
71       noch strukturell erzwungen  
72       werden. Das Ziel sozialde-  
73       mokratischer Politik ist eine  
74       echte Wahlfreiheit.

75

76

### 77 **Begründung**

78 Teilzeitbeschäftigung ist für viele  
79 Menschen Ausdruck verantwort-  
80 licher Lebensgestaltung und kein  
81 Lifestyle-Produkt. Gleichzeitig ist  
82 sie häufig Folge unzureichender  
83 öffentlicher Infrastruktur.

84 Insbesondere Frauen arbei-  
85 ten überdurchschnittlich oft in  
86 Teilzeit – nicht aus freier Wahl,  
87 sondern weil insbesondere  
88 Familiensorgearbeit weiterhin  
89 ungleich verteilt ist und staatliche  
90 Daseinsfürsorge bzw. Unterstüt-  
91 zung nicht ausreicht.

92 Eine pauschale Kritik an hohen  
93 Teilzeitquoten greift zu kurz.  
94 Wer höhere Erwerbsumfänge  
95 anstrebt, muss zuerst:

- 96 • Betreuung vernünftig si-  
97 chern,
- 98 • Pflege absichern,
- 99 • Arbeitszeitrechte stärken,
- 100 • Gleichstellung voranbrin-  
101 gen.

102 Sozialdemokratische Arbeits-  
103 marktpolitik verbindet wirt-  
104 schaftliche Leistungsfähigkeit mit  
105 sozialer Realität. Echte Wahlfrei-  
106 heit kann nur dort entstehen, wo  
107 auch die notwendigen strukturel-  
108 len Voraussetzungen existieren.